

---

**Ersetzt Fassung vom 6. Mai 2008**

SJD / Motion FDP-Fraktion vom 14. April 2008

**Standesinitiative zur Präzisierung des Ausländergesetzes – Integration verlangt Anpassung***Antrag der Regierung vom 26. August 2008*Nichteintreten.*Begründung:*

Das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (SR 142.20; abgekürzt AuG) legt grossen Wert auf nachhaltige Integration der rechtmässig und dauerhaft anwesenden ausländischen Staatsangehörigen. Allerdings trifft die Einschätzung der vorliegenden Motion zu, wonach das neue Recht die Ziele der nachhaltigen Integrationsförderung nicht konsequent umsetzt. So gilt beispielsweise für die Erteilung der Niederlassungsbewilligung – wie unter dem früheren Recht – ein weitgehender Automatismus. Die Ausländerbehörde kann bei Erteilung oder Verweigerung von Niederlassungsbewilligungen aktive Integrationsbemühungen, wie beispielsweise das Erlernen einer Landessprache oder die Teilnahme am sozialen Leben, grundsätzlich nicht berücksichtigen; lediglich die *vorzeitige* Erteilung der Niederlassungsbewilligung nach einem fünfjährigen Aufenthalt setzt eine erfolgreiche Integration voraus (Art. 34 Abs. 4 AuG). Auch die «Rückstufung» einer einmal erteilten Niederlassungsbewilligung in eine Jahresaufenthaltsbewilligung ist nicht möglich, selbst wenn eine Ausländerin oder ein Ausländer der gesetzlichen Integrationsverpflichtung nicht nachkommt und sich der Integration entzieht.

Diese Mängel des neuen Ausländergesetzes sind indessen auf Bundesebene bereits erkannt, und Änderungen sind aufgegleist. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat am 27. Juni 2008 beschlossen, zwei parlamentarischen Initiativen Folge zu geben, die weitgehend die gleichen Forderungen aufstellen wie die vorliegend beantragte Standesinitiative. Mit der Initiative 08.420 (Gerhard Pfister, ZG) wird verlangt, dass die Niederlassungsbewilligung nur nach einer erfolgreichen Integration erteilt werden dürfe und dass eine einmal erteilte Niederlassungsbewilligung auch wieder entzogen werden könne, wenn eine Person extremistische oder fundamentalistische Ansichten vertritt, die sich mit Rechtsstaat und Demokratie nicht vereinbaren lassen. Ähnlich verlangt die Initiative 08.406 (Philipp Müller, AG), dass eine Rückstufung der Niederlassungsbewilligung auf eine Jahresaufenthaltsbewilligung bei einer unzulänglichen Integration ermöglicht wird. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates unterstützt diese Forderungen deutlich und beantragt insbesondere eine gesetzliche Konkretisierung der Integrationsstandards und -kriterien mit Blick auf die Erteilung von Niederlassungsbewilligungen.

Damit stösst die vorliegende Motion zur Einreichung einer Standesinitiative offene Türen auf. Es ist nicht notwendig, für die bereits angestossene Revision des Ausländergesetzes mittels Standesinitiative nachzudoppeln.